DSi – Deutsches Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e. V.

DSi kompakt

Europäische politische Stiftungen – Ideologiefabriken auf EU-Ebene

von Markus Brocksiek

Die europäischen politischen Stiftungen sollen, der Idee nach, eine zentrale Rolle in der Bildungs- und Vernetzungsarbeit innerhalb der EU einnehmen und dazu beitragen, Bürgernähe, Vertrauen und Wissen über die Union zu fördern. Doch hinter der noblen Zielsetzung verbirgt sich eine kontroverse Praxis der Mittelverwendung, die in der vorliegenden Kurzanalyse kritisch untersucht wird.

Das Papier analysiert, inwieweit die öffentlich finanzierte Arbeit dieser Stiftungen tatsächlich dem Gemeinwohl dient oder ob sie vielmehr parteipolitischen Interessen als ideologische Plattform dienlich ist – und stellt die Frage, ob eine solche Finanzierung gerechtfertigt ist.

Zu diesem Zweck wird zunächst auf die Gründungszeit der politischen Stiftungen eingegangen und ihr besonders Verhältnis zu ihren europäische Mutter-Parteien sowie ihren deutschen Pendants eingegangen. Daraufhin geht es um die Ziele und Aufgaben der europäischen politischen Stiftungen, wie sie rechtlich in der einschlägigen Verordnung vorgesehen sind. Dabei wird auch auf die zuständige Zulassungs- und Prüfbehörde eingegangen.

Abschließend widmet sich die Analyse der Finanzierung der europäischen politischen Stiftungen. Ausgehend von ausgewerteten Langzeitdaten der Höhe der Finanzierung geht es v. a. um die kritische Analyse der Mittelverwendung – sowohl in der quantitativen als auch qualitativen Dimension.

Die Gründung politischer Stiftungen auf europäischer Ebene

Die Verordnung (EG) Nr. 2004/2003, das sogenannte europäische Parteienstatut, war die rechtliche Initialzündung zur Institutionalisierung politischer Stiftungen auf europäischer Ebene. Darin war u. a. gefordert, einen Bericht über die Erfahrungen mit der praktischen Anwendung der Verordnung zu erstellen und mögliche Reformbedarfe auszuloten.

Nachdem der Bericht vorgelegt wurde, enthielt die Nachfolgeverordnung (EG) Nr. 1524/2007 schließlich die zentrale Innovation: die Schaffung und Finanzierung europäischer politischer Stiftungen (epS). Proklamiert wurden sie als wichtiger Baustein zur Stärkung der europäischen Parteien.[1]

[1] Vgl. Borries, Julia (2013), S. 15 f.

Nr. 61
1. April 2025

Gleichwohl die deutschen parteinahen Stiftungen ausdrücklich als Vorbild herangezogen wurden[2], wird hier bereits ein wesentlicher Unterschied offenbar. Zumindest de jure sind die deutschen Stiftungen angehalten, ihre rechtliche und persönliche Abhängigkeit zu wahren.[3] Im Gegensatz dazu wurden die epS von Anfang an, trotz Trennung der Finanzierungsausgaben und einer eigenständigen Rechtspersönlichkeit, als Fortsatz der europäischen Parteien konstruiert. Auch wenn, wie an anderer Stelle nachgewiesen wurde, zwischen den deutschen Stiftungen und ihren Mutter-Parteien enge persönliche und inhaltliche Verflechtungen bestehen[4], sind die Verflechtungen auf europäischer Ebene auf einem Niveau, das in Deutschland nicht zulässig wäre. So ist bspw. die derzeitige Präsidentin des *European Liberal Forum* gleichzeitig auch Abgeordnete des EU-Parlaments.

Es existieren zudem enge Verbindungen zwischen den epS und ihren deutschen Pendants. Die epS sind grundsätzlich als Mitgliedsorganisationen konstruiert. Ihre Mitglieder bestehen wiederum aus ihnen nahestehenden Denkfabriken und (parteinahen) Stiftungen der EU-Mitgliedstaaten. Dementsprechend sind auch die deutschen mit Steuergeld finanzierten parteinahen Stiftungen Mitglieder einer ihnen jeweils ideell nahestehenden epS.[5] Insofern sind die deutschen parteinahen Stiftungen in Europa gewissermaßen doppelt tätig. Sowohl über ihre je eigenen Auslandsbüros als auch mittelbar über ihre Mitgliedschaft in und Kooperationen mit den epS führen sie politische Bildungsarbeit in Europa durch.

Ziele und Aufgaben der europäischen politischen Stiftungen

Aktuell ist die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 in der Fassung vom 25.03.2019 als rechtliche Grundlage der epS maßgeblich. Darin sind sie als Einrichtung definiert, die einer europäischen Partei förmlich angeschlossen sein muss, deren Ziele unterstützt und ergänzt sowie bei der zuständigen europäischen Behörde „Authority for European Political Parties and European Political Foundations“ (APPF) eingetragen ist (vgl. Art. 2 Nr. 4).

Ziel war und ist es, ein Transmissionsriemen zwischen dem politischen System der EU und der Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten zu sein. Die Stiftungen sollen also die öffentliche politische Debatte fördern, den Prozess der europäischen Integration sowie europapolitische Themen voran- und Europa den Bürgern nahebringen.[6] Zu diesem Zweck organisieren sie Konferenzen, Seminare, Jugend- und Jahresevents, Trainingsprogramme und -seminare für (neues) politisches Personal und veröffentlichen Studien sowie Positionspapiere.[7] Dies ausdrücklich unter Mitwirkung von Jugendorganisationen und weiteren Vertretern der Zivilgesellschaft.

---

[2] So war der deutsche ehemalige Europaabgeordnete *Josef Leinen*, selbst ein Befürworter des deutschen Stiftungsmodells, federführend für den angesprochenen Bericht verantwortlich. Vgl. Borries, Julia (2013), S. 16 f. Den Einfluss des deutschen Standpunkts auf die Gründung der epS verdeutlicht überdies auch *Dorota Dakowska*: „[…] the expertise and the resources of the German members [gemeint sind hier die deutschen Mitglieder der Führungsstäbe der ersten epS; Anm. d. Verf.] have had a prominent influence in the setting up of these organizations.“ Dakowska, Dorota (2015), S. 288.

[3] Spätestens mit dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist jedoch deutlich geworden, dass diese Trennung praktisch nicht zu halten ist und daher de facto ein „besonderes Näheverhältnis“ zwischen Stiftung und Partei besteht. Vgl. Bundesverfassungsgericht (2023), Absatz 177.

[4] Vgl. Kasseckert, Markus (2022), S. 6 f.

[5] Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* ist Mitglied der *Foundation for European Progressive Studies*, die *Friedrich-Naumann-Stiftung* ist Mitglied des *European Liberal Forum*, die *Heinrich-Böll-Stiftung* ist Mitglied der *Green European Foundation*, die *Konrad-Adenauer-Stiftung* ist Mitglied des *Wilfried Martens Centre for European Studies* und die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* ist Mitglied von *Transform! europe*.

[6] Vgl. Gagatek, Wojciech; van Hecke, Steven (2013), S. 113 sowie den Aufgabenkatalog des Art. 2 Nr. 4 lit. a und b der Verordnung (EU, Euratom) 1141/2014 in der aktuellen Fassung vom 25.03.2019.

[7] Vgl. Bardi, Luciano et al. (2014) sowie Mrso, Jasmina (2024).

Weitere inhaltliche Standbeine sind gemäß des Aufgabenkatalogs in Art. 2 Nr. 4 lit. a und b der Verordnung die Förderung der Demokratie auch in Drittländern und die Schaffung einer Plattform zur Zusammenarbeit von Stakeholdern auf europäischer Ebene.

Zudem kommen den epS im Umfeld von EU-Wahlen explizit politische Aufgaben zu. So haben epS in der Vergangenheit an der Erstellung von Europawahlprogrammen mitgewirkt, politische Ideen mitentwickelt, rote Linien für Koalitionsverhandlungen definiert, Wahlhelfer und Kandidaten angeworben oder sogar an Partei-Sitzungen mit Widerspruchsrechten teilgenommen.[8] Diese Zusammenarbeit wollen einige Stiftungen perspektivisch sogar noch ausbauen. So verlangen sie für eine Reform der Finanzierung ihrer Arbeit mehr Ko-Finanzierungsmöglichkeiten oder aber höhere Zuschüsse und eine Aufhebung des Verbots, sich an Wahlkampagnen ihrer europäischen Mutter-Parteien zu beteiligen.[9]

Nach dem Kommissionsentwurf einer Neufassung der o. g. Verordnung soll auch der „Kapazitätsaufbau zur Unterstützung der Formung künftiger politischer Führungskräfte in der Union“ als neues Aufgabengebiet hinzutreten.[10] Möglicherweise soll damit der Weg zur Schaffung von Begabtenförderungswerken der epS auf europäischer Ebene vorgezeichnet werden. Dies wäre nicht verwunderlich, verfügen doch die deutschen Stiftungen ebenfalls über steuergeldfinanzierte Begabtenförderungswerke.[11]

Die Authority for European Political Parties and European Political Foundations (APPF)

Für die Zulassung, Kontrolle und gegebenenfalls Sanktionierung der europäischen Parteien und auch der epS wurde mit der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 eine eigene Behörde eingerichtet. So muss jede epS in das bei der APPF geführte Register eingetragen sein, um als epS anerkannt zu sein und damit einen Finanzierungsanspruch zu haben.

Insbesondere zur Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktion wird die APPF vom sogenannten Ausschuss unabhängiger Persönlichkeiten unterstützt (vgl. Art. 11 der Verordnung). Er gibt auf Ersuchen der Behörde eine Stellungnahme über mögliche Verstöße einer europäischen Partei oder einer epS gegen EU-Werte ab.

Der Antrag zur Aufnahme ins Register wird von der europäischen Partei gestellt, der die epS angehören soll. Aktuell sind 10 epS im Register registriert (vgl. Tab. 1).

[8] Vgl. Gagatek, Wojciech; van Hecke, Steven (2013), S. 117 sowie Bardi, Luciano et al. (2014), S. 57.
[9] Vgl. Muradyan, Viktorya (2024), o. S.
[10] Vgl. Bundesrat (2022), S. 31.
[11] Vgl. Kasseckert, Markus (2024).

Tab. 1: Name der registrierten epS und ihre europäischen Mutter-Parteien

Name der Stiftung (alphabetisch sortiert)	**Name der europäischen Mutter-Partei (in Klammern jeweils das deutsche Kürzel)**
Coppieters Foundation	European Free Alliance (EFA)
European Liberal Forum	Alliance of Liberals and Democrats for Europe Party (ALDE)
Foundation for European Progressive Studies	Party of European Socialists (SPE)
Green European Foundation	European Green Party (EGP)
Institute of European Democrats	European Democratic Party (EDP)
New Direction – The Foundation for European Reform	European Conservatives and Reformists Party (EKR)
Patriots for Europe Foundation (ehemals Association pour l'Identité et Démocratie Fondation)	Patriots.eu (ehemals IDP)
Sallux	European Christian Political Movement (ECPM)
Transform! europe	Party of the European Left (EL)
Wilfried Martens Centre for European Studies	European People's Party (EVP)

Quelle: Eigene Darstellung nach Authority for European Political Parties and European Political Foundations (2025).

Die Finanzierung europäischer politischer Stiftungen

Die Finanzierung der epS ist im Kapitel IV der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 geregelt. Darin werden zwei Finanzierungsquellen differenziert: EU-Zuschüsse sowie Spenden und Zuwendungen, auf die weiter unten genauer eingegangen wird.

Die Finanzmittel, egal aus welcher Quelle sie stammen, dürfen nach Art. 22 in der aktuellen Fassung nur zur Erfüllung der Aufgaben und der Satzungsziele, nicht aber zur Wahlkampf- und Kampagnenfinanzierung verwendet werden. Allerdings wird dieses Verbot durch die Tatsache konterkariert, dass epS in der Vergangenheit Wahlhelfer und politische Kandidaten angeworben bzw. geschult haben.

Zudem sieht der Kommissionsvorschlag für eine Reform der Verordnung vor, dass die Mittel der epS auch zur Finanzierung von Kampagnen für Referenden verwendet werden dürfen. Demnach würde das Finanzierungsverbot also aufgeweicht.[12]

Auch sieht der Kommissionsvorschlag die Möglichkeit einer weiteren Finanzierungsquelle vor: Eigenmittel durch wirtschaftliche Tätigkeit. Sie sollen den Plänen nach jedoch nicht 5 Prozent des Jahresbudgets der jeweiligen epS übersteigen.[13]

Die EU-Zuschüsse

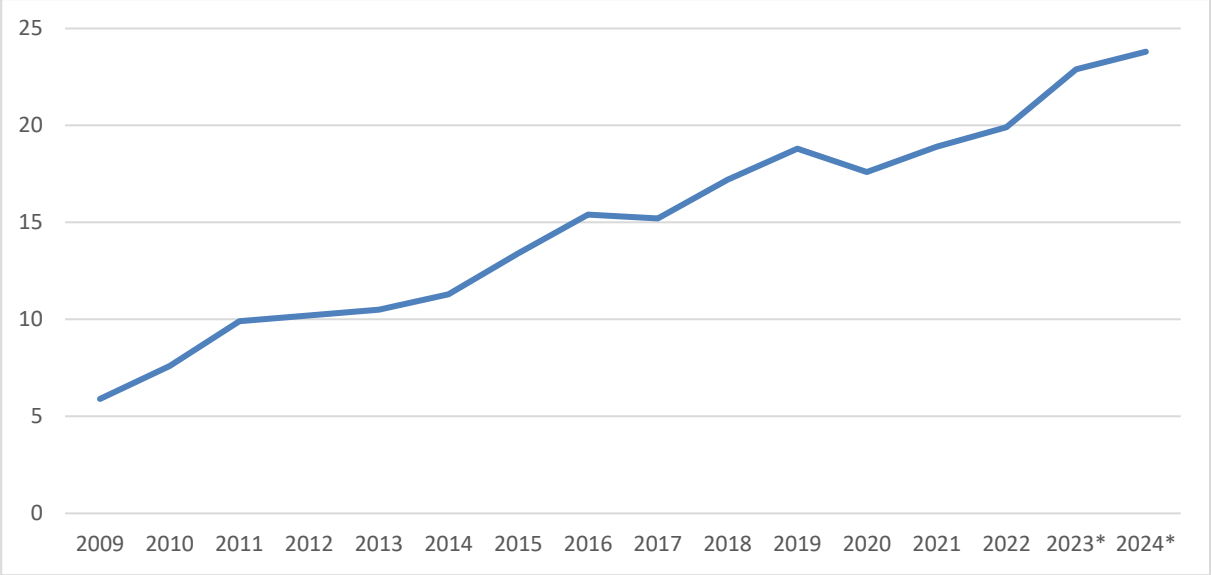
Die von den europäischen Steuerzahlern finanzierten EU-Zuschüsse sind die Haupteinnahmequelle der epS. Sie erhalten diese Mittel aus dem Gesamthaushaltsplan der EU i. H. v. maximal 95 Prozent der förderfähigen Kosten (vgl. Art. 17 Abs. 4). Davon werden 10 Prozent zu gleichen Teilen an alle epS ausgeschüttet (vgl. Art. 19 Abs. 1) und 90 Prozent abhängig von der Anzahl der gewählten Abgeordneten der jeweiligen europäischen Mutter-Partei im Europäischen Parlament (vgl. Art. 19 Abs. 2). Hierbei ist zu erwähnen, dass die maximale Fördersumme mit der letzten Reform der Verordnung vom 25.03.2019 um 10 Prozentpunkte von 85 Prozent auf die nun gültigen 95 Prozent erhöht wurde. Der Antrag zur

[12] Vgl. Bundesrat (2022), S. 55.
[13] Vgl. ebd., S. 54.

Auszahlung wird über die europäische Mutter-Partei gestellt, wobei dem Antrag ein Jahresarbeitsprogramm bzw. ein Aktionsplan beizufügen ist (Art. 18 Abs. 5).

Seit der ersten Finanzierungsrunde im zweiten Halbjahr 2008 wurden 20 anerkannte epS mit insgesamt knapp 245 Mio. Euro bezuschusst. Die 10 aktuell noch bezuschussten epS haben seit dem jeweils ersten Jahr ihrer Finanzierung insgesamt rd. 239 Mio. Euro erhalten (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Jährliche Zuschüsse an die im Jahr 2024 anerkannten epS; kumuliert in Mio. Euro



Anmerkung: Patriots for Europe Foundation (ehemals Association pour l'Identité et Démocratie Fondation) ab 2015, New Direction – The Foundation for European Reform ab 2010, Sallux ab 2011. Für 2023 und 2024 Soll-Angaben. Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach Europäisches Parlament (2024).

Im Vergleich zu ihren deutschen Pendants haben die epS also viel geringere finanzielle Spielräume.[14] Dennoch darf nicht verschwiegen werden, dass die Zuschüsse an die 10 aktuell EU-finanzierten epS von 2015 – dem ersten Jahr, in dem genau diese zehn epS zusammen finanziert wurden – zu 2024 um 78,6 Prozent gestiegen sind. Ein weiterer Aufwuchs ist also, gerade angesichts der geplanten Aufgabenerweiterungen, zu erwarten.

Spenden und Zuwendungen

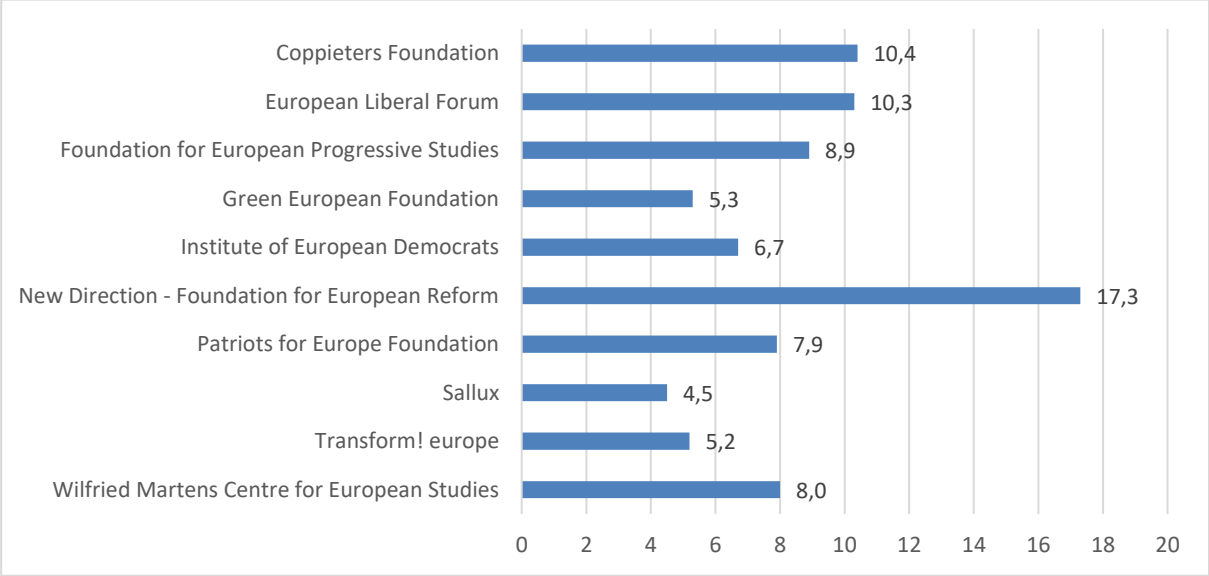
Die epS dürfen Spenden von natürlichen und juristischen Personen bis zu einem Wert von maximal 18.000 Euro pro Jahr und Spender annehmen (vgl. Art 20 Abs. 1). Allerdings gilt dies nicht für anonyme Spenden, Spenden von Behörden oder Spenden aus Drittstaaten, es sei denn dort etwaig ansässige Einzelpersonen sind Europawahl-Berechtigte.

Zuwendungen sind sowohl von Mitgliedern der epS als auch von ihrer europäischen Mutter-Partei zulässig. Allerdings dürfen die Zuwendungen, die von den Parteien stammen, selbst nicht aus dem Gesamthaushaltsplan der EU stammen. Die Zuwendungen sind darüber hinaus auf 40 Prozent des Gesamtjahresbudgets der jeweiligen epS begrenzt.

[14] Allein im Jahr 2024 wurde für die deutschen parteinahen Stiftungen Steuergeld im Umfang von rd. 680 Mio. Euro für ihre Inlands- und Auslandsarbeit sowie für ihre Begabtenförderungswerke etatisiert. Damit erhalten sie fast das 30-fache der Jahreszuschüsse an die epS.

Spenden und Zuwendungen haben jedoch – in Relation zu den EU-Zuschüssen gesetzt – ihrer Höhe nach wenig Gewicht. Hierzu wurden die aktuell verfügbaren Audit-Reports der epS jeweils für das Wirtschaftsjahr 2022 ausgewertet. Die Analyse hat ergeben, dass sich der Anteil an den Gesamteinnahmen zwischen 4 und 10 Prozent bewegt (vgl. Abb. 2). Lediglich bei *New Direction* lag der Anteil bei 17,3 Prozent.

Abb. 2: Prozentualer Anteil der Spenden und Zuwendungen an den Gesamteinnahmen der Stiftungen im Jahr 2022



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach den Wirtschaftsprüfungsberichten der Stiftungen für das Jahr 2022.

Wofür die Stiftungen ihre Mittel verwenden

Wie im ersten Abschnitt der vorliegenden Kurzanalyse beschrieben, haben die entscheidenden politischen Institutionen der EU den epS, als Rechtfertigung für ihre offizielle Anerkennung, ein großes Gewicht bei der Schaffung einer (politischen) europäischen Öffentlichkeit beigemessen. Insofern ist es für eine kritische Untersuchung notwendig, die Verwendung der Mittel zu prüfen. Die Überprüfung soll hier zum einen in der quantitativen als auch in der qualitativen Dimension vorgenommen werden.

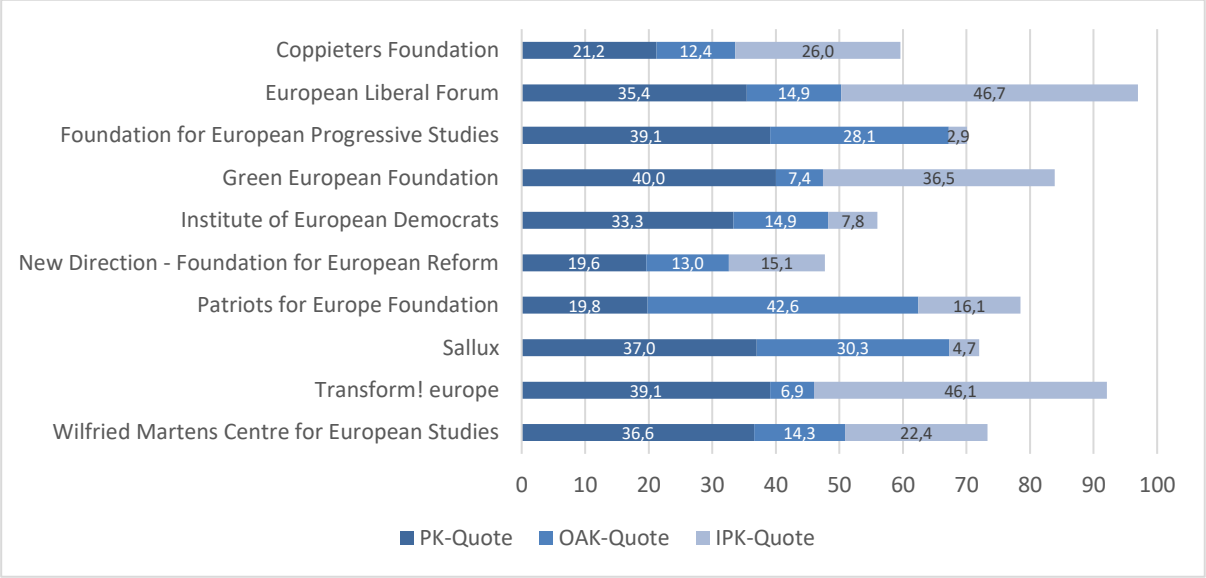
Quantitative Prüfung der Mittelverwendung

Für die Prüfung der monetären Mittelverwendung wurden erneut die veröffentlichten Audits der epS herangezogen, die sich auf das Geschäftsjahr 2022 beziehen. Aktuellere, verlässliche Zahlen liegen nicht vor, da die epS nicht verpflichtet sind – und sich im Gegensatz zu ihrem deutschen Pendant auch keine Selbstverpflichtung auferlegt haben –, ihre Finanzsituation offenzulegen. Zwar legen einige Stiftungen regelmäßig öffentlich zugängliche Jahresberichte vor, in denen zum Teil auch die Einnahmen und Ausgaben der jeweiligen Stiftung nachvollziehbar sind. Allerdings ist das nicht für alle aktuell bezuschussten Stiftungen der Fall. Zudem sind die vorliegenden Zahlen nicht lückenlos vergleichbar, da unterschiedliche Abgrenzungen zugrunde gelegt werden.

Die folgende Abb. 3 stellt einige Indikatoren der Mittelverwendung dar. Daraus wird schnell ersichtlich, dass die Personalkosten gemessen an den jeweiligen Gesamteinnahmen bei den meisten Stiftungen den größten Ausgabenblock bilden. Nur bei der *Patriots for Europe Foundation* (ehemals *Association pour*

l'Identité et Démocratie Fondation) übersteigen die operativen und administrativen Kosten[15] die Personalkosten. Die Personalkostenquote bewegt sich zwischen 21,2 Prozent bei der *Coppieters Foundation* und 40 Prozent bei der *Green European Foundation*.

Abb. 3: Prozentuale Kostenanteile an den Gesamteinnahmen der Stiftungen im Jahr 2022



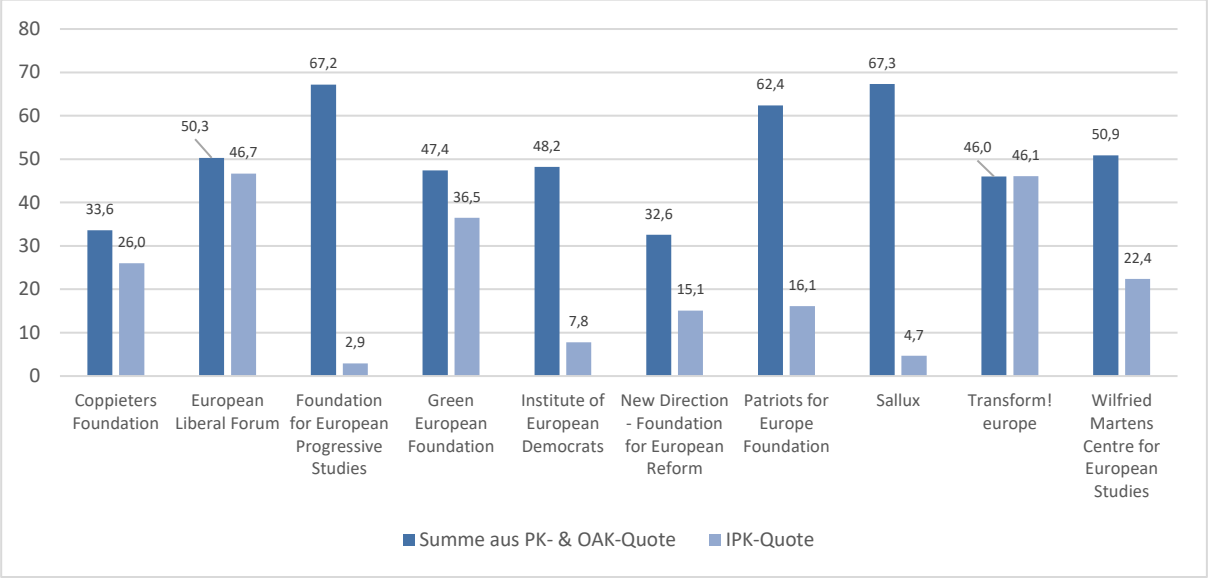
Anmerkungen: Residualgröße zu 100 Prozent: sonstige Kosten. PK-Quote = prozentualer Anteil der Personalkosten an den Gesamteinnahmen. OAK-Quote = prozentualer Anteil der operativen und administrativen Kosten an den Gesamteinnahmen. IPK-Quote = prozentualer Anteil der Informations- und Publikationskosten an den Gesamteinnahmen.
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach den Wirtschaftsprüfungsberichten der Stiftungen für das Jahr 2022.

Interessant für die Bewertung der Mittelverwendung ist zudem das Verhältnis der Ausgaben für Publikationen, Kommunikation sowie Seminare und Ausstellungen, also die Kernaufgaben der epS, zu den Gesamteinnahmen und auch im Vergleich zu den Personalkostenquoten.

In einem krassen Missverhältnis stehen hier besonders die Kosten der *Foundation for European Progressive Studies*. Sie hat im Jahr 2022 nur 2,9 Prozent ihrer Einnahmen für ihre eigentlichen Kernaufgaben genutzt. Einschränkend ist festzuhalten, dass das Jahr 2022 in Teilen noch von der Coronapandemie und den damit verbundenen Kontaktbeschränkungen geprägt war, was die Ausrichtung von Seminaren sicher erschwert hat. Diese Einschränkung relativiert sich jedoch im Vergleich mit der Mittelverwendung der anderen Stiftungen. So haben sich das *Wilfried Martens Centre for European Studies*, das *European Liberal Forum* und die *Green European Foundation* trotzdem in der Lage gesehen, einen signifikanten Anteil ihrer Einnahmen auch für Seminare und Ausstellungen zu verwenden. Die Auswertung der Audits ergibt, dass diese drei Stiftungen den Fokus ihrer Mittelverwendung für ihre Kernaufgaben auch klar auf Seminare und Ausstellungen legen, wohingegen die anderen Stiftungen stärker auf die Veröffentlichung von Publikation und die Kommunikation über entsprechende Kampagnen und Internetauftritte setzen.

[15] Zu den operativen Kosten gehören u. a. Kosten für Büro- und Kommunikationsausstattung, Abschreibungen, Mieten und Druckkosten. Zu den administrativen Kosten gehören u. a. Rechtskosten, Buchhaltungs- und Prüfungskosten sowie Ausgaben für Forschungsvorhaben.

Abb. 4: Vergleich der Summen aus PK- und OAK-Quoten mit der IPK-Quote der Stiftungen im Jahr 2022



Anmerkungen: Residualgröße zu 100 Prozent: sonstige Kosten. PK-Quote = prozentualer Anteil der Personalkosten an den Gesamteinnahmen. OAK-Quote = prozentualer Anteil der operativen und administrativen Kosten an den Gesamteinnahmen. IPK-Quote = prozentualer Anteil der Informations- und Publikationskosten an den Gesamteinnahmen.
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach den Wirtschaftsprüfungsberichten der Stiftungen für das Jahr 2022.

Aus Abb. 4 wird ersichtlich, dass die meisten Stiftungen ungefähr die Hälfte, einige sogar fast zwei Drittel ihrer vor allem steuergeldfinanzierten Mittel für Personal- und Verwaltungskosten aufwenden. Dass durch diese Kostenstruktur erfolgreich eine europäische politische Öffentlichkeit geschaffen und gestützt werden soll und kann, ist nur schwer nachvollziehbar.

Qualitative Prüfung der Mittelverwendung

Anhand der quantitativen Prüfung konnten bereits Indizien abgeleitet werden, die darauf hindeuten, dass eine adäquate Aufgabenerfüllung der epS mit Blick auf die Kostenstruktur fragwürdig ist. Genauere Aussagen dazu lassen sich jedoch nur treffen, wenn auch die konkreten Angebote kritisch analysiert werden, die von den einzelnen Stiftungen angeboten werden.

Hierzu wurden die Jahresberichte der Stiftungen ausgewertet. Wie oben bereits erwähnt, muss hier einschränkend festgehalten werden, dass nicht alle Stiftungen einen solchen Jahresbericht zur Verfügung stellen.[16] Hier wurde sich, wo möglich, mithilfe der jeweiligen Websites beholfen, auf denen sowohl Publikationen als auch organisierte Events zu finden sind. Allerdings muss hierbei die *Coppieters Foundation* ausgeklammert werden, da die Website (Stand: Januar 2025) aufgrund technischer Probleme keinen Einblick in die einzelnen Unterseiten gewährt. Daher ist die *Coppieters Foundation* nicht Gegenstand der folgenden Auswertung.

[16] Folgende Stiftungen stellen, soweit ersichtlich, keinen Jahresbericht zur Verfügung: *Coppieters Foundation*, *Patriots for Europe* (ehemals *Association pour l'Identité et Démocratie Fondation*) und *Sallux*. *New Direction* wiederum stellt einen Jahresbericht in Form einer Broschüre zur Verfügung. Diese hat jedoch wenig Aussagekraft, sodass sie für die vorliegende Untersuchung unbrauchbar ist.

Die folgende Tab. 2 greift exemplarisch einige ausgewählte und aus Steuerzahlersicht besonders fragwürdige Angebote der epS anhand der jeweiligen Jahresberichte für das Jahr 2023 auf. Diese Auswahl soll einen Eindruck von der Stiftungsarbeit vermitteln.

Tab. 2: Leuchtturmprojekte der europäischen politische Stiftungen im Jahr 2023

European Liberal Forum
▪ „Young Changemakers Academy 2023“ ▪ Teilnahme am ALDE-Wahlprogrammprozess in Stockholm inkl. Erfolgsmeldung der vollständigen Übernahme der Anträge zur europäischen Integration und Vertragsreform in das Programm ▪ „Young Leaders‘ Meeting 2023“ ▪ Veranstaltung zum Thema „Political Foundations in Europe: Towards raising political culture and mobilising ideas“
Foundation for European Progressive Studies
▪ Ko-Organisation der Kampagne „Tax the Rich“ ▪ Teilnahme an der „Beyond Growth Conference“ 2023 ▪ Teilnahme am „European Forum of Left, Green and Progressive Forces“ ▪ Organisation von Strategiegesprächen mit führenden (sozialdemokratischen) Politikern zur digitalen Transformation Europas ▪ „Ones to Watch“-Programm, i. e. die Vernetzung von den meistversprechenden gewählten „progressive politicians“ in Zentral- und Osteuropa
Green European Foundation
▪ Projekt „Geopolitics of a Post-Growth-Europe“ mit Expertentreffen, Expertendiskussionen und Workshops ▪ Projekt „Navigating NATO: Green and Progressive Paths to Influence“ mit Events und Meinungsbeiträgen ▪ „Ecopolis: Fair(er) Futures Festival“, i. e. Zusammentreffen belgischer und internationaler Schriftsteller, Akademiker und Denker, um die Transition zu einer sozial-ökologischen Gesellschaft zu besprechen ▪ „Tough Talk“, i. e. Workshops, um NGO-Mitarbeiter und -Leiter zu ermächtigen, ihren kommunikativen Impact während Krisen hoch zu halten ▪ „Green Political Activist Training“, i. e. Workshop- und Trainingsreihe, damit Teilnehmer progressiv-grüne und europäische Werte vertreten können
Institute of European Democrats
▪ „Soft-Power Conference on a Blue Planet“ als „high-level conference“ mit führenden Politikern und Experten konzipiert ▪ Mitorganisation der von der tschechischen *STAN*-Partei ausgerichteten „Values and Defence“-Expertenkonferenz ▪ „Young people, education and climate change“-Seminar auf Lanzarote ▪ „Eurodems Congress“, i. e. Grundlagendiskussion für das Wahlprogramm 2024 der EDP
New Direction – Foundation for European Reform
▪ „European Conservatives Students Conference“, um den Grundstein für ein „European Conservative Student Network“ zu legen ▪ Ausrichtung einer „Young Leaders Academy“ ▪ Veranstaltung des „Foreign Policy Council“ in Washington, D. C. ▪ „Working Group on European Conservatism“, i. e. eine geschlossene Veranstaltung mit 16 Teilnehmern, die über konservative Ideen und den Stand des Konservativismus in Europa sinnierten

Patriots for Europe Foundation[17]
▪ Studienbrief zum Thema „Wokisme“ ▪ Studie zum Thema ökologischer Lobbyismus ▪ Studie zur ungarischen Energiepolitik von 1989 bis *Viktor Orbán* mit wohlwollender Bewertung des ungarischen Sonderwegs hinsichtlich seiner energiepolitischen Ausrichtung nach Russland
Sallux
▪ Veranstaltung „Mission: Kingdom of God“, i. e. Vernetzungsveranstaltung für Führungskräfte und Einflussnehmer innerhalb der Kirche ▪ Veranstaltung „Vigilate Europa“, i. e. Online-Event zur Zukunft christlicher Demokratie und des Traditionalismus in Europa
Transform! europe
▪ „Facing the State“-Konferenz mit linken Analysen und Perspektiven auf den Staat ▪ Konferenz „Sozialismus in unserer Zeit“ in Kooperation mit dem *Jacobin*-Magazin ▪ Strategie-Seminar „The role of emotions in politics“ in Zusammenarbeit mit der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* als „invitation only event“ ▪ Veranstaltung der „5th International Marxist Feminist Conference“ ▪ Seminarreihe zu Marxismus, um junge albanische Aktivisten über europäische sozioökonomische und politische Themen sowie Gender- und Umweltthemen zu informieren
Wilfried Martens Centre for European Studies
▪ Studie zur „Youth of the EPP: 25 Years on the Right Side of History“ ▪ Expertendiskussion „Re-Thinking the Periphery: European Policy Towards Northern Africa“ ▪ Diskussionforum „Planning the After-Party – The Future of Political Parties in Europe“ ▪ Ko-Organisation der „13th Transatlantic Think Tank Conference“ ▪ Konferenz „Net@Work“ als „größte Versammlung von europäischen Mitte-Rechts Think Tanks“

Anmerkung: Die Coppitiers Foundation wurde aufgrund fehlender Daten nicht berücksichtigt.
Quelle: Eigene Darstellung nach den Jahresberichten 2023 bzw. Veranstaltungs- und Publikationshinweisen der Stiftungen auf den jeweiligen Websites. Die Zahlen in den Klammern beziehen sich – falls vorhanden – auf die konkrete Seitenzahl im Jahresbericht 2023 der jeweiligen Stiftung.

Es sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen: das vorrangige Ziel der Europäischen Kommission zur institutionellen Verankerung von epS war und ist die Unterstützung zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit unter Mitwirkung von europäischen und nationalen Partnern. Die Auswertung der Jahresberichte 2023 zeigt, dass die Stiftungen hier in erster Linie Multiplikatoren in den Blick nehmen. Das ist zunächst nachvollziehbar, da sie im Kern eine Bevölkerung von 449 Mio. Menschen abzudecken haben. Es wäre illusorisch anzunehmen, dass Veranstaltungen zu organisieren wären, die potenziell jedem EU-Bürger zugänglich sind.

Unweigerlich stellt sich genau aus diesem Grund jedoch die Frage, ob das Stiftungsmodell auf europäischer Ebene überhaupt effizient, das Steuergeld an dieser Stelle also gut angelegt ist. Da sich die Stiftungen mit ihren Seminar- und Veranstaltungsangeboten v. a. auf Politiker, (Jung-)Akademiker, Experten und Aktivisten fokussieren, werden mutmaßlich jene angesprochen, die bereits ein entsprechendes europäisches Bewusstsein haben, also bereits Teil einer europäischen Öffentlichkeit sind. Ob und wie diese Multiplikatoren an die EU-Bevölkerung herankommen können, um dieses Bewusstsein weiterzugeben, ist nicht klar. Zumal nicht ersichtlich ist, dass es irgendeine Form von Evaluationsprozessen der Stiftungsarbeit auf europäischer Ebene gibt. Weder von den Stiftungen selbst noch vonseiten der EU-Institutionen.

[17] Anhand der Angaben auf der Website der *Patriots for Europe Foundation*, ließen sich keine Rückschlüsse auf im Jahr 2023 stattgefundene Veranstaltungen herstellen.

Zudem scheinen die Stiftungen keine ernsthaften Versuche zu unternehmen, in die Peripherie der jeweiligen EU-Mitgliedsländer vorzudringen, um gerade jene anzusprechen, die mit Europa bzw. der EU tendenziell wenige bis gar keine bewussten Berührungspunkte haben. Die Veranstaltungen finden, soweit aus den analysierten Jahresberichten ersichtlich, zumeist in den Hauptstädten oder größeren Städten in den EU-Ländern statt.

Inhaltlich decken die Stiftungen mit ihren Veranstaltungen und Studien in der Gesamtschau durchaus ein relevantes Themenspektrum ab. Allerdings hat die Behandlung der Themen eine stark ideologisierte Schlagseite. Das wird besonders an den politischen Rändern deutlich. Wenn bspw. Themen wie die Kritik am Staat und der EU aus marxistischer Perspektive (*Transform! europe*), eine Fundamentalrevision der EU (*Patriots for Europe Foundation*) oder die „Mission: Kingdom of God" (*Sallux*) behandelt werden, ist die Frage berechtigt, inwiefern solcherlei Aktivitäten noch mit den Werten und Statuten der EU vereinbar ist. Hier wären strukturierte Evaluationen in Form von teilnehmenden Beobachtungen notwendig, um die Qualität und Inhalte solcher Veranstaltungen belastbar prüfen zu können. Dabei soll es selbstverständlich nicht um Zensur gehen. Es geht vielmehr darum nachzufassen, ob das Geld der europäischen Steuerzahler auch in ihrem Sinn sowie effektiv und effizient eingesetzt wird. Die Titel und Beschreibungen vieler Veranstaltungen und Studien der epS lassen daran erhebliche Zweifel aufkommen.

Die von den Stiftungen organisierten Youth-Conferences, Summer Schools, Trainings und Workshops, die sich in erster Linie an ein junges Publikum richten, werden zwar unter dem Deckmantel politischer Bildungsarbeit vermarktet. Den Veranstaltungsberichten nach zu urteilen, geht es aber weniger um fundamentale Bildungsarbeit als vielmehr um die ideologische Prägung im Sinne der Stiftung und der Parteien. Dies ist besonders bei den von der *Green European Foundation* organisierten Aktivistentrainings anzunehmen. Diese Annahme passt auch ins Bild des weiter oben bereits angesprochenen EU-Kommissionsvorhabens, den Stiftungen einen Kapazitätsaufbau zur Formung künftiger politischer Führungskräfte in der EU zu ermöglichen.

Schließlich ist die direkte und offene Programmarbeit für ihre europäischen Mutter-Parteien ein Alleinstellungsmerkmal der epS. So haben sowohl das *Institute of European Democrats* als auch das *European Liberal Forum* in ihren Jahresberichten 2023 damit geworben, in den Wahlprogrammprozessen ihrer Mutter-Parteien für das EU-Wahljahr 2024 involviert gewesen zu sein und u. a. entsprechende Änderungsanträge erfolgreich in den Programmen platziert bekommen zu haben. Dies entspricht durchaus dem ihnen vom Aufgabenkatalog in der Verordnung (EU, Euratom) 1141/2014 zugesprochenen Handlungsspielraum. Daran lässt sich jedoch ablesen, dass die epS eine eigene politische Meinung vertreten und also eine eigene politische Agenda voranbringen wollen, die aber schließlich zum Wahlkampfwohl der Mutter-Partei eingesetzt werden soll. Es ist daher plausibel anzunehmen, dass diese Agenda auch wesentlicher Teil ihrer politischen Bildungsarbeit ist.

Insofern ist in Zweifel zu ziehen, dass das steuergeldfinanzierte Stiftungsmodell auf europäischer Ebene nachhaltig der Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit dient. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass hier Ideologiefabriken der Parteien und ihrer zugrundeliegenden Ideen geschaffen wurden, die eher eine Fragmentierung und Polarisierung und weniger eine Harmonisierung der EU-Öffentlichkeit nach sich ziehen.

Fazit

Die Analyse zeigt, dass die Finanzierung europäischer politischer Stiftungen durch die EU-Institutionen durchaus mit edlen Motiven verbunden ist. Idealtypisch sollten die Stiftungen daran mitwirken, eine Annäherung der EU-Bevölkerung an die Union herbeizuführen und nicht abzusprechende Vertrauensdefizite in das politische System der EU, die vielfach auf Wissensdefiziten über ihre Funktionsweise und ihre Tätigkeiten basieren, abzubauen.

Jedoch wirft die genauere Betrachtung der Mittelverwendung erhebliche Zweifel an der praktischen Umsetzung auf. Die Stiftungen agieren vorrangig als Ideologiefabriken der europäischen Parteien, was den eigentlichen Bildungsauftrag und die Integrität ihrer Arbeit infrage stellt. Es geht dabei keinesfalls darum, die Bedeutung politischer Bildungsarbeit, aktiver Vernetzung und gesellschaftlicher Diskurse herabzuwürdigen. Doch es ist problematisch, wenn dies über steuergeldfinanzierte Strukturen geschieht, die vor allem parteipolitische Interessen bedienen.

Daher sollte die öffentliche Finanzierung europäischer politischer Stiftungen beendet und die über die vergangenen Jahre stark wachsenden Zuschüsse in Millionenhöhe eingespart werden. Stiftungsseitigen Forderungen, die Zuschüsse weiter zu erhöhen[18], sollte die EU-Kommission nicht nachkommen.

Die europäische Integration zu befördern und eine politische Öffentlichkeit zu schaffen, sollte ohnehin zum täglichen Geschäft der EU und ihrer Mitgliedsländer gehören. Eigens dafür geschaffene und steuergeldfinanzierte Strukturen bedarf es dafür jedoch nicht. Statt also Steuergeld in solche Strukturen zu lenken, wäre es zielführender, die Mitgliedsstaaten zu ermutigen, mit vorhandenen Ressourcen eigenständig und stärker auf Europa ausgerichtete politische Bildungsarbeit zu leisten. Auf diese Weise könnte eine nachhaltige, pluralistische und unabhängige Bildungslandschaft entstehen, die sowohl demokratischen Prinzipien als auch der Eigenverantwortung der Mitgliedsländer gerecht wird und zudem den EU-Haushalt und damit die europäischen Steuerzahler zumindest ein wenig entlastet.

Literatur

Authority for European Political Parties and European Political Foundations (2025): List of registered European Political Foundations. Online verfügbar unter https://www.appf.europa.eu/appf/en/parties-and-foundations/registered-foundations, zuletzt geprüft am 01.04.2025.

Bardi, Luciano; Bressanelli, Edoardo; Calossi, Enrico; Cicchi, Lorenzo; Gagatek, Wojciech; Pizzimenti, Eugenio (2014): Political Parties and Political Foundations at European Level. Challenges and Opportunities. Study or the AFCO Committee. European Parliament, Brüssel.

Borries, Julia (2013): Neue Akteure auf dem Brüsseler Parkett: Die europäischen politischen Stiftungen. MES-Perspektiven, 2. Frankfurt (Oder).

Bundesrat (2022): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (Neufassung). COM(2021) 734 final. Unterrichtung durch die Europäische Kommission. BR-Drs. 18/22. Online verfügbar unter https://dserver.bundestag.de/brd/2022/0018-22.pdf, zuletzt geprüft am 01.04.2025.

Bundesverfassungsgericht (2023): Leitsätze zum Urteil des Zweiten Senats vom 22. Februar 2023. 2 BvE 3/19. Online verfügbar unter https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2023/02/es20230222_2bve000319.html?nn=68080, zuletzt geprüft am 01.04.2025.

Dakowska, Dorota (2015): Political Foundations. In: Michel, Hélène, Abdelgawad, Élisabeth Lambert (Hg.): Dictionary of European actors. Brüssel. S. 287–290. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/301605068_Political_foundations, zuletzt geprüft am 01.04.2025.

[18] Vgl. Muradyan, Viktorya (2024), o. S.

Europäisches Parlament (2024): Grants from the European Parliament to European political foundations per foundation per year. Online verfügbar unter https://www.europarl.europa.eu/contracts-and-grants/files/political-parties-and-foundations/european-political-foundations/en-grant-amounts-foundations-2024.pdf, zuletzt geprüft am 01.04.2025.

Gagatek, Wojciech; van Hecke, Steven (2013): Die kleinen europäischen politischen Stiftungen und ihre Entwicklung. In: Thomas Poguntke (Hg.): Auf dem Weg zu einer europäischen Parteiendemokratie. Baden-Baden. S. 111–128.

Kasseckert, Markus (2022): Finanzierung parteinaher Stiftungen. DSi Rundschreiben Nr. 4/2022. Online verfügbar unter https://www.steuerzahler.de/aktuelles/detail/dsi-rundschreiben-nr-42022-finanzierung-parteinaher-stiftungen/, zuletzt geprüft am 01.04.2025.

Kasseckert, Markus (2024): Vorschläge für steuergeldsparende Reformen der Begabtenförderung. DSi kompakt Nr. 57. Online verfügbar unter https://www.steuerzahler.de/aktuelles/detail/dsi-kompakt-nr-57-steuergeldsparende-reformen-der-begabtenfoerderung/, zuletzt geprüft am 01.04.2025.

Mrso, Jasmina (2024): Five key roles of political foundations after the elections (Party Party). Online verfügbar unter https://political.party/roles-of-political-foundations-after-elections/, zuletzt geprüft am 01.04.2025.

Muradyan, Viktorya (2024): How European political foundations face challenges in supporting member parties (Party Party). Online verfügbar unter https://political.party/challenges-political-foundations-support/, zuletzt geprüft am 01.04.2025.

Herausgeber:
DSi – Deutsches Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e. V.
Reinhardtstraße 52, 10117 Berlin
Telefon: 030 - 25 93 96-32, Fax: 030 - 25 93 96-25
E-Mail: dsi@steuerzahlerinstitut.de
Web: www.steuerzahlerinstitut.de/dsi